



© Stadt Oldenburg (Oldb)

© Stadt Oldenburg (Oldb)

2. Berlin-Oldenburg-Express – Februar 2011

Dr. Christiane Ratjen-Damerau MdB

Aus dem Inhalt:

- Aufruhr in der arabischen Welt
- Neuer Bundesbeauftragter für Stasi-Unterlagen durch den Bundestag gewählt
- Keinen Vollkaskoanspruch gegen Unwetter
- Oldenburger hinten ohne?

Berlin, den 9. Februar 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Proteste gegen die autokratische Regime in Tunesien und Ägypten halten seit einigen Wochen die Welt in Atem. Vor allem junge Frauen und Männer demonstrieren für ihre Freiheit – für die Teilhabe am politischen Geschehen und der wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes.

In Tunesien sind bei den blutigen Unruhen seit Mitte Dezember nach neusten Angaben der UNO insgesamt 219 Menschen ums Leben gekommen, davon etwa ein Drittel bei Gefängnisbränden. Die Zahl der Verletzten liegt bei mehr als 500.

Doch die Lage in dem nordafrikanischen Land normalisiert sich. Nach der Flucht von Präsident Ben Ali nach Saudi Arabien am 14. Januar 2011 gab Ministerpräsident Ghannouchi am 17. Januar eine Übergangsregierung bekannt, die am 27. Januar noch einmal verändert wurde. Unter anderem wurden dabei die Minister für Äußeres, Inneres, Verteidigung und Finanzen ausgetauscht. Diese hatten bereits unter Ben Ali ihre Posten inne. Die Freilassung politischer Häftlinge, Untersuchungen von Korruption und dem Vorgehen der Sicherheitskräfte bei Protesten, Pressefreiheit und ein neues Wahlrecht zeigen den Willen der neuen Regierung zum Bruch mit dem altem Regime. Darüber hinaus hat Tunesien über Interpol einen Haftbefehl gegen Ben Ali und Frau wegen illegaler Devisenausfuhr und Geldwäsche beantragt; die Vermögen der Familie des ehemaligen Präsidenten sollen im Ausland eingefroren werden.

Nach den wochenlangen Protesten im Land gibt es nun eine neue Regierung, die die Stabilisation des Landes in ihrem Fokus hat.

Ganz anders ist die Situation in Ägypten. Staatschef Husni Mubarak will auf eine weitere Amtszeit verzichten. Die Forderung der Demonstranten nach seinem sofortigen Rücktritt lehnt er weiter ab.



Bisher rechnet man dort mit ungefähr 300 Toten und die Gewalt eskaliert weiter.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zusammen mit vier weiteren EU-Staats- und Regierungschefs zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage an die ägyptische Führung appelliert. In einer gemeinsamen Erklärung, vom 2. Februar, verurteilten die Unterzeichner "alle, die Gewalt anwenden oder dazu ermutigen". Neben Merkel unterschrieben den Text Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy, der britische Premierminister David Cameron, der italienische Regierungschef Silvio Berlusconi und der spanische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero.

Die Massenproteste in Tunesien und Ägypten greifen auf weitere Länder des arabischen Raums über. In Algerien, Jordanien und Syrien sieht die, zum größten Teil unterdrückte, Opposition ihre Chance.

Die Lage in Nordafrika wird bereits mit dem Fall des Eisernen Vorhangs Ende der 80er-Jahre in Osteuropa verglichen – eine große Revolution. Doch noch ist es nicht so weit. Machthaber zögern ihren Rückzug hinaus. Und die Situationen sind in den verschiedenen Ländern unterschiedlich – sowohl wirtschaftlich als auch politisch. So hat beispielsweise Saudi Arabien einen viel größeren Staatsapparat, um seine Bürger ruhig zu stellen und mehr Vermögen, um wirtschaftliche Konflikte oder Ungleichheiten zu entschärfen.

- **Neuer Bundesbeauftragter für Stasi-Unterlagen durch den Bundestag gewählt**

Er wurde in der DDR ausspioniert, eingesperrt und schließlich abgeschoben: Roland Jahn der frühere Bürgerrechtler aus Jena, wurde am 28. Januar mit überwältigender Mehrheit vom Deutschen Bundestag zum neuen Beauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gewählt. Er folgt damit Joachim Gauck und Marianne Birthler. Birthlers Amtszeit endet im März dieses Jahres.



Für den 57jährigen Journalisten und ersten Bürger, der Einsicht in seine eigene Stasi-Akte bekommen konnte, ist dieser Tag nach eigenen Angaben eine persönliche Genugtuung. Die Staatssicherheit habe ihn von der Uni geworfen, die Staatssicherheit habe ihn ins Gefängnis gesperrt und die Staatssicherheit habe ihn mit Gewalt außer Landes, weg von seiner Heimat, gebracht. Und jetzt solle er die Akten der Staatssicherheit verwalten, so Jahn. Dies sei ein Signal gegen das Vergessen. Ich wünsche Roland Jahn viel Erfolg bei seiner wichtigen Aufgabe. Denn, so der Bundestagspräsident Lammert, Aufarbeitung ist mehr als die Aufklärung einzelner Schicksale. Sie bedeutet einen prinzipiellen Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur.

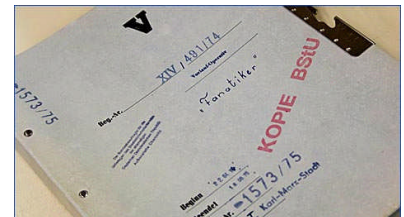
kleines Express-Lexikon:

Die **Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes** der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) verwaltet und erforscht die Akten und Dokumente des Staatssicherheitsdienstes, auch *MfS* oder „*Stasi*“ genannt, der DDR. Rechtsgrundlage für die Behörde ist das am 29. Dezember 1991 in Kraft getretene Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG), welches der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit verabschiedete.



Das zentrale Anliegen dieses Gesetzes ist die Öffnung der Akten des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes für die Aufarbeitung, insbesondere der Zugang der Betroffenen zu den Informationen, die der Staatssicherheitsdienst zu ihnen gespeichert hat. Erstmals bekamen damit Bürger die Gelegenheit, Unterlagen einzusehen, die eine Geheimpolizei über sie angelegt hatte. Das ist in der Geschichte ohne Beispiel. Gleichzeitig ist es ein Auftrag des Gesetzes, die Persönlichkeitsrechte der Menschen, über die Stasi-Unterlagen existieren, zu schützen.

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR sammelte Material über Millionen von Menschen – in erster Linie über DDR-Bürger, aber auch über viele Bürger der Bundesrepublik Deutschland und über Bürger anderer Staaten. Viele Lebensläufe – nicht nur in der DDR – wurden im Laufe der Jahre durch die Staatssicherheit entscheidend beeinflusst. Das MfS beeinflusste den beruflichen Auf- oder Abstieg, erstellte systematische Pläne zur so genannten Zersetzung, drang in die Privatsphäre seiner Opfer ein und verwendete auch intime Informationen für seine Zwecke. Häufig stehen in den Akten auch belanglose Dinge und bloße Vermutungen, die sich auf keine sachliche Analyse stützen. Grund dafür ist zum einen, dass über eine unglaubliche Vielzahl (durchaus nicht nur von Regimegegnern) Bürgerinnen und Bürgern eine derartige Akte angelegt wurde und zum anderen die Spitzel oder Berichterstatter keine direkte Ausbildung erhielten, sondern lediglich beobachten sollten und nach Erfolg belohnt wurden. Die Stasi verletzte Grundrechte der Bürger wie die ärztliche Schweigepflicht, das Bank- und Postgeheimnis, die Unverletzlichkeit der Wohnung, auch wenn sie in der Verfassung der DDR festgelegt waren.



Bis Ende 2009 beantragten ca. 1,7 Millionen Privatpersonen bei dem Bundesbeauftragten Einsicht in Unterlagen, die der Staatssicherheitsdienst über sie geführt hat.

- **Keinen Vollkaskoanspruch gegen Unwetter**

Am 19. Januar wurde im Verkehrsausschuss über den „Verkehr im Winter 2010/2011“ diskutiert. Dabei waren sich die Regierungsfractionen einig, dass es einerseits keinen Vollkaskoanspruch gegen Unwetter geben kann, andererseits die Deutsche Bahn deutlich mehr investieren muss.

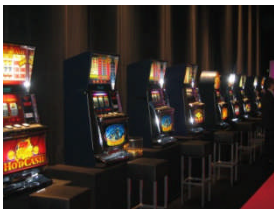
Denn auch die umfassendste Vorsorge und die sorgfältigste Vorbereitung können bei extremen Witterungsverhältnissen mehr oder minder schwere Verkehrsbehinderungen nicht ausschließen. Einen vollkommenen Schutz vor Behinderungen und Ausfällen kann es nicht geben.

Jedoch gibt es ein Verkehrssystem, das auch bei Temperaturen jenseits der null oder 25 Grad funktioniert, auch nicht umsonst. Daher muss die Bahn sowohl in das Streckennetz als auch in die Züge investieren.

- **Spielautomaten: Wir brauchen eine bessere Suchtprävention**

Alle Fraktionen im Deutschen Bundestag wollen mit Blick auf Geldspielautomaten den Jugendschutz verbessern und die Suchtprävention ausbauen. Im Rahmen eines Expertengesprächs zur „Evaluierung der Novelle der Spielverordnung im Hinblick auf die Problematik des pathologischen Glückspiels“ wurde dabei im Deutschen Bundestag mit Forschern sowie Verbandsvertretern der Automatenindustrie und der Suchtkrankenhilfe und –beratung verschiedene Ansätze diskutiert.

Das Ziel der Bundesregierung ist, bis Ende des Jahres zu einer neuen Glücksspielverordnung zu kommen.



So sind durch das Verbot von so genannten Fun-Games Fortschritte in der Suchtprävention erreicht worden, weitere Verbesserungen sind jedoch notwendig. Ein Vorschlag ist, dass die Erlaubnis zur Aufstellung von Geldspielgeräten an eine Sachkundeprüfung geknüpft werden soll. Auch könnte für eine Verlustbegrenzung eine Spielerkarte eingeführt werden.

Problematisch ist, dass Geldspielautomaten mit Gewinnmöglichkeiten rechtlich nicht als Glücksspiele behandelt werden und somit dem Gewerberecht unterliegen. Diese Automaten haben jedoch gleichwohl ein hohes Suchtgefährdungspotenzial: In den vergangenen vier Jahren ist der Umsatz von Geldspielautomaten mit Gewinnmöglichkeiten von 5,7 auf 8,3 Milliarden Euro gewachsen. Es ist anzunehmen, dass eine solche Gewinnmöglichkeit mit der Zunahme von Spielsüchtigen einhergeht. Eine Spielerkarte kann das nur verhindern, wenn sie absolut sicher vor Manipulationen ist.

- **Sport kann Krebserkrankungen mildern**

Bei Patienten mit fortgeschrittenen Krebserkrankungen hat Sport eine therapeutische Wirkung. Das sagte die Onkologin Elke Jäger im Sportausschuss des Deutschen Bundestags. Daher sollte Sport Bestandteil jeder Tumorthherapie sein.

Laut neuester Studien gelte für Patienten mit Prostatakrebs, die sich regelmäßig sportlich betätigen ein bis zu 60 Prozent geringeres Sterberisiko. Bei Patienten, die am Dickdarmkrebs leiden, sterben diejenigen, die keinen Sport treiben deutlich früher, als jene, die regelmäßig ein Ausdauertraining betreiben.

- **Stoiber bei der Europäischen Gemeinschaft**

Fehlende Transparenz bei europäischen Entscheidungen ist nach Ansicht deutscher und europäischer Bürokratieabbauer eines der zentralen Probleme der Europäischen Gemeinschaft. „Das große Problem sehe ich in der mangelnden Transparenz europäischer Entscheidungen. Es gibt keine europäische Öffentlichkeit“, sagte der frühere Bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber

im Deutschen Bundestag. Stoiber ist inzwischen Leiter der aus 15 Mitgliedern bestehenden Anti-Bürokratie-Arbeitsgruppe der EU-Kommission.



Ein Beispiel für die überbordende Bürokratie der Europäischen Gemeinschaft ist der Zoll. Hatten die Ausfuhrformulare früher 2 Seiten, so haben sie heute 20. Es kann eben nicht immer eine Einzelfallgerechtigkeit geschaffen werden. Häufig führen klare und kurze Bestimmungen eher zum Erfolg.

Bestimmt erinnern Sie sich an die vor einigen Monaten geführte Debatte über das Verbot herkömmlicher Glühlampen. Darüber hat es in Brüssel monatelang Diskussionen gegeben, national sind aber erst die endgültigen Beschlüsse wahrgenommen worden. Dabei können die nationalen Parlamente durchaus etwas bewegen: Durch den Lissabon-Vertrag haben sie das Recht erhalten, vor Entscheidungen der Kommission Debatten über die jeweiligen Themen zu führen.



Dass es beim Bürokratieabbau nicht um Kleinigkeiten geht, wird durch die Zahlen deutlich: Eine Verringerung der europäischen Verwaltungslast um ein Viertel würde zu einer Einsparung von 1560 Milliarden Euro führen. Das könnte zu einem zusätzlichen Wachstum von 1,5 Prozent führen – ein völlig kostenloses Konjunkturprogramm.

Ich wünsche mir sehr, dass Herr Stoiber in seiner Aufgabe erfolgreich ist und es schafft, Europa verständlicher, näher und transparenter werden zu lassen.

- **Dreikönigstreffen in Oldenburg**

Das traditionelle Dreikönigstreffen der Oldenburger FDP war in diesem Jahr ein großer Erfolg. Besonders gefreut hat mich, dass ich als Kreisvorsitzende den parlamentarischen Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium, Hans-Joachim Otto, als Gast für die Veranstaltung gewinnen konnte. Hans-Joachim Otto ist der Sprecher der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft und war als solcher der richtige Mann zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Er sprach zum Thema: „Chancen und Risiken der Schifffahrtsindustrie“.



Über 120 Parteimitglieder und Freunde fanden sich auf meine Einladung hin im Etzthorner Krug in Oldenburg ein. Ein Höhepunkt des Abends war die Rede von Hans-Joachim Otto. Er machte deutlich, dass die maritime Wirtschaft in Deutschland, und das heißt natürlich auch bei uns in Oldenburg, keineswegs ein brüchiger Ast der Wirtschaft in Deutschland ist. Ganz im Gegenteil: Die maritime Wirtschaft, so Otto, wird in Zukunft in dreierlei Hinsicht ein wichtiger Aspekt für Wirtschaft und Wohlstand der Bundesrepublik sein. Zum einen sind Schiffe und die Schifffahrtswege unverzichtbar für die gesamtdeutsche Infrastruktur. Nur weil Bayern nicht am Meer liegt, heißt das noch

lange nicht, dass Bayern nicht wirtschaftlich von der Schifffahrt in Deutschland abhängig ist. Des Weiteren sind die deutschen Werften keineswegs chancenlos gegen die Konkurrenz aus dem asiatischen Raum. Zwar wird nur noch drei Prozent der Schiffe weltweit in deutschen Werften gebaut, doch besteht gerade bei uns das Knowhow, um Schiffe für spezielle Anforderungen herzustellen. Hierzu zählen beispielsweise die Spezialschiffe der Beluga Group aus Oldenburg. Und schließlich sind die Schiffszulieferer in Deutschland weiterhin weltweit die Nummer eins – ein Status, den wir nicht leichtfertig verspielen dürfen.

Den gemütlichen und freudigen Abschluss des Abends bildete das gemeinsame Grünkohlessen. Allen Gästen danke ich herzlich für ihr Kommen. Das Dreikönigstreffen ist für mich jedes Jahr ein ganz besonderes Ereignis. Und in diesem Jahr waren der volle Saal und die hervorragende Stimmung für mich ein Zeichen, dass wir Liberalen in Oldenburg weiterhin auf dem richtigen Weg sind.

- **Oldenburger hinten ohne?**



Und etwas Skurriles zum Schluss: Bündnis 90/Die Grünen fordern die Bundesregierung auf, den Schenkelbrand bei Pferden zu verbieten. Die Tiere würden unnötig gequält werden. Wird nun auch bald ein Verbot von Streichelzoos gefordert, weil Tiere sich nicht von jedem anfassen lassen oder dem Steifbär das

Piercing verboten?! Ein Trakehner ohne die typische Elchschaufel am Schenkel ist fast wie ein Mercedes ohne Stern. Als Oldenburgerin möchte ich mir einen Oldenburger Hengst ohne unser Oldenburger Brandzeichen nicht vorstellen!

Mit herzlichen Grüßen

Ihre/Eure

Handwritten signature in blue ink that reads "Christaue Ratjen-Damerau".

P. S. Weitere Informationen finden Sie unter: www.ratjen-damerau.de.